

IHR KONTAKT

SEKRETARIAT

Isabell Stockmann
05171/406-132
redaktion@paz-online.de

CHEFREDAKTION

Dirk Borth (bor)
05171/406-130
d.borth@paz-online.de

Thomas Kröger (tk)
05171/406-138
t.kroeger@paz-online.de

LOKALREDAKTION

Michaela Gebauer (mgb)
05171/406-145
m.gebauer@paz-online.de

Michael Lieb (mic)
05171/406-115
m.lieb@paz-online.de

Dennis Nobbe (dn)
05171/406-136
d.nobbe@paz-online.de

Kerstin Wosnitza (wos)
05171/406-137
k.wosnitza@paz-online.de

LAYOUT/PRODUKTION

Alex Leppert (ale)
Tobias Mull (mu)
Simon Polreich (sip)
Jan Tiemann (jt)
desk@paz-online.de

KURZNOTIZEN

Unfallflucht: Zeugen werden gesucht

PEINE. Zu einem Verkehrsunfall kam es am Montagmorgen gegen 7.35 Uhr auf der Lesingstraße in Peine. Dabei wurde ein zehnjähriger Junge leicht verletzt. „Ein bisher nicht bekannter Autofahrer übersah beim Ausfahren aus einer Grundstückszufahrt den auf dem Gehweg heranfahrenden Jungen auf seinem Fahrrad“, schildert Polizeisprecher Peter Rathai. Es kam zu einem Zusammenstoß, wodurch der Junge auf den Boden stürzte und sich leicht am Bein verletzte. „Der bisher unbekannte Fahrer erkundigte sich nach dem Befinden des Jungen, setzte aber dann seine Fahrt fort“, so Rathai.

Die Polizei sucht nun Zeugen, die Hinweise auf den Fahrer des schwarzen Kombi geben können. Diese werden gebeten, sich mit der Polizei in Peine, Telefon 05171/9990, in Verbindung zu setzen. sip

19-Jähriger warf Fahrrad gegen Auto

WOLTORF. Zu verbalen Streitigkeiten zwischen einem 19-Jährigen und einem 54-jährigen Mann kam es am Montagmorgen auf der Fürstenauer Straße in Woltorf. „Das muss den 19-Jährigen so in Rage gebracht haben, dass er anschließend sein Fahrrad nahm und gegen den Pkw des 54-Jährigen warf“, so ein Polizeisprecher. Der Schaden: 500 Euro. Der 19-Jährige verließ den Ort des Geschehens vor Eintreffen der Polizei. Die Beamten leiteten trotzdem ein Ermittlungsverfahren ein, da die Personalien des Heranwachsenden bekannt sind.

Sprechtag des Sozialamtes

PEINE. Das niedersächsische Landesamt für Soziales, Jugend und Familie – Außenstelle Braunschweig – führt am Freitag, 1. Juni, von 9 Uhr bis 12 Uhr einen Sprechtag durch. Im Landkreis Peine, Burgstraße 1, Raum 1205 können im 2. Obergeschoss des Hauptgebäudes Block A (Fahrstuhl vorhanden) Belange des Schwerbehindertentrechts geklärt werden.



Björn Thümler (linkes Bild) während der Vorstellung von Labora und mit (von links) Christoph Plett, Reiner Kaste und Andreas Meier.

FOTOS: THOMAS FREIBERG

Björn Thümler (CDU) besuchte den sozialen Dienstleister Labora

Niedersächsischer Fraktionsvorsitzender informierte sich bei einem Treffen – „Verbesserungen in der Jugendhilfe“

VON THOMAS FREIBERG

PEINE. Der niedersächsische CDU-Fraktionsvorsitzende Björn Thümler war gestern zu Besuch beim sozialen Dienstleister Labora an der Schloßstraße in Peine. Thümler machte sich dabei ein Bild von der Arbeit bei Labora. Mit ihm zusammen waren die Peiner Christdemokraten Christoph Plett, Andreas Meier, Georg Raabe, Horst Horrmann und Thorge Karnick zu der Präsentation erschienen.

Die einzelnen laufenden Projekte und Maßnahmen des Dienstleisters wurden den an-

wesenden Gästen in rund 90 Minuten vom Geschäftsführer Reiner Kaste und seinem Prokuristen Hermann-Josef Theisgen ausführlich vorgestellt.

➔ **Junge Menschen mit besonderem Förderbedarf werden von Labora ins Berufsleben begleitet.**

Bei der Firma Labora, die unter der christlichen Obhut des Bistums Hildesheim steht, dreht sich nach eigenem Bekunden „alles um die Hilfe-

stellung von Mensch zu Mensch“.

Reiner Kaste sagte: „Dabei geht es um die Eingliederung ins Berufsleben für Menschen zwischen 14 und 27 Jahren. Junge Menschen mit besonderem sozialpädagogischen Förderbedarf, wie auch Jugendliche aus problematischen Umfeldern, die zum Beispiel Opfer häuslicher Gewalt wurden, werden von den fachlich versierten und hoch qualifizierten Mitarbeitern in das Berufsleben begleitet.“

Die Angebotspalette reiche dabei von der schlichten Problemlösung über die Hilfe-

stellung beim Schreiben von Bewerbungsunterlagen bis hin zur Erlangung einer beruflichen Teilqualifizierung. Besondere Achtsamkeit und ein sensibler Umgang mit den betroffenen Menschen seien die Anforderungen an die Mitarbeiter.

„Langzeitarbeitslose, jugendliche Straftäter und auch viele jugendliche Flüchtlinge werden, sofern dies möglich ist, in das Berufsleben eingegliedert“, so Kaste.

Letztendlich wolle man unbedingt das erworbene Wissen der Sozialarbeiter beratend in das politische Gesche-

hen einbeziehen, „um somit möglichst nah an der Basis für sinnvolle Verbesserungen in der Jugendhilfe zu sorgen“.

Die wichtigste Frage von den Labora-Vertretern an Thümler war das für sie problematische Auslaufen der Förderung des Landes im Zuge des Europäischen Sozialfonds (ESF). Der CDU-Fraktionsvorsitzende versprach, das Problem direkt mit in den Landtag zu nehmen und klären zu lassen. Thümler, der sichtlich von den Ausführungen des Labora-Teams angetan war, lobte diese abschließend „für ihre sehr wertvolle Arbeit“.

„96 Prozent wollen Arbeitszeit Grenzen setzen“

Gewerkschaft IG Metall hat Befragung in der Region Peine und Salzgitter gestartet – 8000 Beschäftigte machten mit

VON THOMAS KRÖGER

KREIS PEINE. Mehr als 680 000 Beschäftigte aus rund 7000 Betrieben haben sich bundesweit an der Befragung der Gewerkschaft IG Metall „Politik für alle – sicher, gerecht und selbstbestimmt“ von Mitte Januar bis Ende Februar beteiligt. Im Bereich der IG Metall Salzgitter-Peine haben etwa 8000 Beschäftigte aus 27 Betrieben ihr Votum abgegeben.

„Diese hohe Beteiligung zeigt: Die Beschäftigten wollen mit ihren Wünschen, Sor-

gen und Forderungen gehört werden. Sie trauen uns als IG Metall eine Menge zu. Wer im September gewählt werden will, kommt an den Ergebnissen unserer Befragung nicht vorbei“, erklärte Wolfgang Räsche, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Salzgitter-Peine.

Über 95 Prozent der Befragten in Peine und Salzgitter finden es wichtig, den Weg in die Industrie 4.0 mitzugestalten und sie verlangen, dass es sicher und gerecht zugehen muss auf dem Weg in die Arbeitsgesellschaft von mor-

gen. Die Umbrüche in der Arbeitsgesellschaft dürften nicht zum Abbau von Schutzrechten missbraucht werden. Dies gelte gerade für das Arbeitszeitgesetz, warnte Räsche an Politik und Arbeitgeber gerichtet. „Über 96 Prozent der Befragten wollen auch in Zukunft ein Arbeitszeitgesetz, das der Arbeitszeit Grenzen setzt. Dazu gehört auch das Recht auf Abschalten durch gesetzlich vorgeschriebene Ruhezeiten.“

Doch je schwächer die Position der Beschäftigten auf dem

Arbeitsmarkt sei, umso größer sind die Sorgen um den Arbeitsplatz. Auch daher würden 90 Prozent der Befragten die Abschaffung sachgrundloser Befristung, von Minijobs und prekärer Soloselbstständigkeit fordern. „Denn nur wer keine Angst um die Zukunft haben muss, kann gut und kreativ arbeiten“, sagte Räsche.

Kritisch zu bewerten sei auch die aktuelle Verteilungsgerechtigkeit. Von daher fordern 82 Prozent der Befragten in Salzgitter und Peine eine

Wende in der Steuerpolitik.

Bei dem Erhalt des Sozialstaats sind die Ergebnisse hier in der Region noch klarer. 89 Prozent fordern laut Räsche ein höheres Rentenniveau selbst bei steigenden Beiträgen, und rund 95 Prozent fordern, es müsse Schluss sein damit, dass die Arbeitnehmer höhere Beiträge zur Krankenversicherung zahlen als die Arbeitgeber. Das Votum der Beschäftigten ist eindeutig: „Es ist Zeit für mehr soziale Gerechtigkeit“, erklärte die IG Metall.



Die Mitglieder der IG Metall machen sich für ihre Rechte und Wünsche stark. Rechts: Bevollmächtigter Wolfgang Räsche stellt Forderungen an die Politik.



FOTOS: ARCHIV